

Antrag Ini-03
AG Migration und Vielfalt NRW**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Der Landesparteitag möge beschließen:****Tariffreue muss refinanziert werden! – Soziale Arbeit sichert den sozialen Frieden in unserem Land.**

1 Wir fordern die NRWSPD und alle Mandatsträger*in-
2 nen der SPD-Fraktionen auf allen Ebenen auf, sich da-
3 für einzusetzen, dass die gestiegenen Personalkosten,
4 durch die abgeschlossenen Tarifabschlüsse in der sozia-
5 len Arbeit, von den entsprechenden Mittelgebern auf
6 der Bundes- Landes- und kommunalen Ebene refinan-
7 ziert werden.

8
9 Hierzu bedarf es einer dezidierten Betrachtung und ei-
10 ner Berücksichtigung aller Fachbereiche mit denen die
11 Wohlfahrtsverbände und freien Träger beauftragt wur-
12 den, denn diese entlasten die Kommunen durch die Aus-
13 führung der Pflichtaufgaben als auch der freiwilligen
14 Leistungen und tragen maßgeblich dazu bei, den sozia-
15 len Frieden in unseren Städten und Gemeinden zu si-
16 chern.

17 Es muss für alle Bereiche der Sozialen Arbeit eine Refi-
18 nanzierung der inflationsbedingt deutlich gestiegenen
19 Personal- und Sachkosten als auch der massiven Tarifer-
20 höhungen gewährleistet werden.

21 Denn Klatschen alleine, reicht definitiv nicht aus!

22

23 Durch die beschlossenen Tarifierhöhungen bestehen in
24 der gesamten Trägerlandschaft eine große Verunsie-
25 cherung und Sorgen darüber, wie die bereits laufen-
26 den Sonderzahlungen zur Inflationsausgleichsprämie
27 gestemmt werden sollen. Diese führen bei vielen Trä-
28 gern nicht nur zu Liquiditätsengpässen, sondern zwin-
29 gen diese teilweise bereits jetzt zur Aufgabe von Träger-
30 schaften.

31 Insbesondere Trägerschaften von Kitas, Offenen Ganz-
32 tagsschulen, ambulanten und stationären Hilfen zur Er-
33 ziehung, Beratungsstellen unterschiedlichster Fachge-
34 biete, Eingliederungshilfen für Menschen mit Behin-
35 derungen, Migrationssozialarbeit, ambulanten Pflege-
36 diensten, Berufsbildungsmaßnahmen u.v.m. stehen auf
37 der Kippe und sind von Schließungen massiv bedroht.

38

39 Durch Schließungen von Einrichtungen und der einher-
40 gehenden Reduzierung von Angebotsstrukturen, wer-
41 den wieder einmal die Schwächsten unserer Gesell-
42 schaft ausgegrenzt und isoliert, junge Menschen ihrer
43 Chancengleichheit beraubt, mühsam aufgebaute Inte-
44 grationsstrukturen zerstört, Zugänge zur Gesellschaft
45 und zum Arbeitsmarkt drastisch erschwert, Kindeswohl
46 in Frage gestellt, die Qualität von guter Pflege ge-
47 schwächt und gleichberechtigte Teilhabe verwehrt.

48

49 Wir Sozialdemokrat*innen sind gefordert mit den Trä-
50 gern der Sozialen Arbeit dafür zu kämpfen, dass diese
51 Horrorszenarien schnellstmöglich abgewendet werden.
52 Wenn nicht wir, wer dann, soll an der Seite von Wohl-
53 fahrtsverbänden stehen?

54 Unsere Aufgabe ist es, die Steuern für diejenigen zu er-
55 höhen, die immer reicher werden, statt an einer schwar-
56 zen Null festzuhalten.

57

58 Insbesondere die Menschen in NRW, wird die -nicht mal
59 ansatzweise auskömmliche- Refinanzierung in der so-
60 zialen Arbeit hart treffen. Schon jetzt gibt es aufgrund
61 des Fachkräftemangels einige Angebotseinschränkun-
62 gen, die ahnen lassen, wie es aussehen wird, wenn die
63 schwarz-grüne Landesregierung nicht nachsteuert und
64 nun endlich Rettungspakete für die freien Träger schnürt
65 und noch in 2023 zur Auszahlung bringt. Bereits jetzt si-
66 gnalisieren einige Träger, dass spätestens mit der tarifli-
67 chen Jahressonderzahlung im November 2023 ein Liqui-
68 ditätsengpass entstehen wird, der aus den wenigen vor-
69 handenen Rücklagen nicht zu stemmen ist.

70 Die Antworten aus den unterschiedlichen NRW Ministe-
71 rien, dass man sich der Lage bewusst sei und dass man
72 die Sorgen der Träger sehr ernst nähme, aber salopp ge-
73 sagt selbst kein Geld habe, lässt die gesamte Trägerland-
74 schaft fassungslos zurück.

75

76 Dann auch noch aus den NRW Ministerien heraus da-
77 mit zu argumentieren, man habe den Kommunen 150
78 Millionen Euro über den Stärkungspakt NRW zur Ver-
79 fügung gestellt, damit diese den Trägern helfen könn-
80 ten, ist eine bodenlose Frechheit. Dies zeigt wieder ein-
81 mal, dass die schwarz-grüne Landesregierung entweder
82 nicht rechnen kann, oder aber nicht rechnen will, denn
83 die Tarifeinigungen der kommunalen und freien Träger
84 haben Entgelterhöhungen von bis zu 17 % mit sich ge-
85 bracht. Darüber hinaus sind die Gelder aus dem Stär-
86 kungspakt, laut der Richtlinien dieser Landesregierung,
87 nicht für gestiegene Personalkosten zu verwenden.

88 Stattdessen wird sowohl den Kommunen als auch den
89 freien Trägern, die Verteilung der Gelder des Stärkungs-
90 pakts, in Form von Sachgütern für Menschen mit gerin-
91 gem Einkommen, als zusätzliche Arbeit aufgebürdet.

92 Das ist alles in allem mehr als grotesk und die schwarz-
93 grüne Landesregierung sollte sich schämen und endlich
94 ihre Hausaufgaben machen.

95

96 Wir appellieren daher an alle SPD Mandatsträger*innen
97 sich dafür einzusetzen, in die Menschen zu investieren
98 und hierdurch den sozialen Frieden zu wahren, der oh-
99 nehin schon sehr bröckelt. Lasst die freien Träger und die
100 Kommunen nicht im Regen stehen, sondern zeigt, dass

101 eine Tariftreue belohnt und nicht bestraft wird.